



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Förderung des Wertgefühls für den Euro an die Hand gegeben. All diese Aktionen erfolgen freiwillig und ohne eine gesetzliche Regelung.

Der Einzelhandel hat sich mit seiner Erklärung zu Preiswahrheit und -klarheit verpflichtet und die Weichen hin zu einer offensiven Euro-Informationspolitik gestellt. Der Wettbewerb auf dem Markt wird deshalb in dieser Hinsicht schon in der Übergangszeit bis zum Jahresende 2001 den Druck auf die Unternehmen erhöhen. Der Verbraucher kann sich so frühzeitig an den Umgang mit dem Euro gewöhnen.

Nicht nur im Einzelhandelsgeschäft bieten sich also eine Vielzahl von Möglichkeiten, mit einer offensiven Euro-Informationspolitik Pluspunkte bei den Kunden und Lieferanten zu sammeln. Mit Preistafeln, Werbeprospekten usw. können Kunden mit der neuen Währung Euro vertraut gemacht werden. Eine offene Informationspolitik schafft Vertrauen und spiegelt die Euro-Kompetenz des Unternehmens wider.

Für produzierende Unternehmen ohne direkten Endverbraucherkontakt bietet sich eine doppelte Preisangabe von „Schlüsselangaben“ in Rechnungen oder Gutschriften an. Es wäre z.B. denkbar, den Milch-Auszahlungspreis in der Abrechnung auch in Euro auszuweisen. All diese Maßnahmen sind selbstverständlich in ihrem Informationsnutzen den damit verbundenen Kosten gegenüberzustellen. Zugleich ist die Frage nach dem geeigneten Zeitpunkt für solche Maßnahmen im Übergangszeitraum zu stellen. Zweckmäßig dürften sie auch hier erst gegen Ende des Übergangszeitraumes sein. Unnötige finanzielle Belastungen der Unternehmen sind zu vermeiden.

Verfasser: Dr. VOLKER J. PETERSEN, Deutscher Raiffeisenverband e.V., Adenauerallee 127, D-53113 Bonn, Tel. (0228) 106-207, Fax (0228) 106-266, e-Mail: petersen@drv.raiffeisen.de

Auswirkungen des Euro auf den Sektor Landwirtschaft in Deutschland

WINFRIED VON URFF

Effects of the Euro on the Agricultural Sector in Germany

From the point of view of German agriculture the introduction of the euro ended a discrimination that resulted from revaluations of the D-Mark and as a consequence thereof reductions of the prices used in Common Market Organisations in national currency. It is shown in the contribution that this argument does not stand a critical scrutiny. In the long run real agricultural producer prices in Germany did not evolve differently from those of other EU-member states. Monetary risks vis-à-vis member states participating in the Monetary Union ceased to exist. Changes in trade flows between these countries caused by exchange rate variations as those experienced by Germany with her exports to Italy as a result of the Lira devaluation of spring 1995 have now become impossible. The introduction of the euro has made competition more transparent. Critics consider it a great risk to establish the Monetary Union at a point in time when the EU is still far from having achieved the status of an Economic Union or a Political Union. After the exchange rate has ceased to be available as a means of adaptation to internal and external shocks and because of the limited flexibility of product and factor prices the only means of adaptation that remains may be employment. This may induce the demand for an employment oriented monetary policy or for financial transfers to the regions primarily affected by monetary measures. A failure of the Monetary Union can not be excluded but the probability that it may happen is limited.

Key words: monetary union; economic union; discrimination resulting from revaluations; trade flows; community of monetary stability; asymmetric shocks; transfer union

Zusammenfassung

Aus der Sicht der deutschen Landwirtschaft wurden mit der Einführung des Euro währungsbedingte Benachteiligungen, die durch Aufwertungen der DM und damit ausgelöste Senkungen der Marktordnungspreise zustande kamen, aufgehoben. In dem Beitrag wird gezeigt, daß diese Argumentation einer kritischen Prüfung nicht standhält, da sich die realen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in Deutschland langfristig nicht anders entwickelten als in den übrigen Ländern der EU. Währungsrisiken gibt es gegenüber den am EWU teilnehmenden Ländern nicht mehr, und es kann ihnen gegenüber auch nicht mehr zu währungsbedingten Änderungen der Handelsströme kommen, wie dies etwa für die deutschen Ausfuhren nach Italien bei der Abwertung der italienischen Lira im Frühjahr

1995 der Fall war. Durch die Einführung des Euro ist der Wettbewerb transparenter geworden. Kritiker sehen in der Einführung der Währungsunion zu einem Zeitpunkt, zu dem die EU noch weit von einer Wirtschaftsunion und einer politischen Union entfernt ist, ein hohes Risiko. Nachdem der Wechselkurs nicht mehr zur Anpassung an interne und externe Schocks zur Verfügung steht und weil die Flexibilität von Produkt- und Faktorpreisen sowie die Mobilität des Faktors Arbeit begrenzt sind, können Anpassungen nur noch über die Beschäftigung erfolgen. Dies kann die Forderung nach beschäftigungsorientierter Geldpolitik bzw. nach Transferzahlungen für besonders betroffene Regionen auslösen. Die Gefahr eines Scheiterns der Währungsunion ist nicht auszuschließen, aber die Wahrscheinlichkeit dafür ist begrenzt.

Schlüsselwörter: Währungsunion; Wirtschaftsunion; währungsbedingte Benachteiligungen; Handelsströme; Stabilitätsgemeinschaft; asymmetrische Schocks; Transferunion

1 Einleitung

Mit der Inkraftsetzung der „Verordnung des Rates über die Einführung des Euro“ zum 01.01.1999 wurde der entscheidende Schritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) vollzogen. Die nationalen Währungen der elf an der EWU teilnehmenden Länder sind nunmehr Denominationen (Währungsuntereinheiten) des Euro mit unwiderruflich festgelegten Umrechnungskursen. Ihre Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel endet mit dem Ende der „Doppelwährungsphase“ am 31.12.2002. Die Kompetenz für die Geldpolitik ist von den nationalen Zentralbanken auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) übergegangen. Durch ein Abkommen über die Funktionsweise eines neuen Wechselkursmechanismus (WKM II, häufig auch unkorrekt als EWS II bezeichnet) soll sichergestellt werden, daß die vier nicht an der EWU teilnehmenden Staaten, die sog. „pre-ins“, eine stabilitätsorientierte Politik betreiben, den Konvergenzprozeß unterstützen und somit den späteren Eintritt in die EWU erleichtern (MANEGOLD, 1999, S. 4). Sie haben für ihre Währungen maximale Schwankungsbreiten zum Euro festgelegt, der für sie die Funktion einer

Ankerwährung hat. Das Ziel der Preisstabilität in der EWU soll grundsätzlich nicht durch Interventionen der EZB zugunsten der „pre-ins“ beeinträchtigt werden.

Mit der Einführung des Euro endete für die an der EWU teilnehmenden Länder das agri-monetäre System. Es gibt keine Agrarumrechnungskurse mehr. Die Umrechnung aus den in Euro festgesetzten Preisen erfolgt zu den festgelegten Umrechnungskursen. Für Deutschland bedeutete das, daß die „eingefrorenen“ landwirtschaftlichen Umrechnungskurse für Ausgleichszahlungen und Tierprämien, die zuletzt 1,94962 DM betragen, um 0,3 % stiegen, während die Umrechnungskurse für die Marktordnungspreise, die bei 1,98391 DM gelegen hatten, um 1,4 % sanken. Da es sich dabei nicht um eine „spürbare“ Aufwertung handelte und die Schwelle von 2,6 % nicht erreicht wurde, kam es zu keinem Ausgleich. Auch für die nicht zur EWU gehörenden Länder gibt es keine Agrarumrechnungskurse mehr. Die in Euro beschlossenen Preise werden zu den Kassakursen in ihre Währungen umgerechnet. Kommt es dabei zu einer „spürbaren“ Aufwertung, so kann den Landwirten bis 2002 unter bestimmten Voraussetzungen ein Einkommensausgleich gezahlt werden.

Sowohl der Deutsche Bauernverband als auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten haben die Einführung des Euro und die damit verbundenen Konsequenzen einhellig begrüßt. Es wird argumentiert, daß damit (1) die Zeit währungsbedingter Benachteiligungen für die deutsche Landwirtschaft ende, (2) sich die innergemeinschaftliche und internationale Wettbewerbssituation für die deutsche Landwirtschaft verbessere sowie (3) Markttransparenz, Stabilität und Kalkulierbarkeit betrieblicher Entscheidungen zunehmen (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1999).

Dieser positiven Beurteilung stehen Kritiker gegenüber, nach deren Meinung die Einführung der Währungsunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem hohen Risiko verbunden ist. Nach ihrer Auffassung werden durch die (verfrühte) Einführung des Euros (1) die Möglichkeiten für die Volkswirtschaften der an der EWU teilnehmenden Länder beschränkt, angemessen auf externe und interne Schocks zu reagieren, (2) Lösungen für strukturelle Probleme erschwert, was (3) Forderungen nach Transfers, (4) eine verstärkte Inflation und (5) ein hohes Zinsniveau erwarten lasse.

Im folgenden soll den Argumenten der Befürworter und der Kritiker im einzelnen nachgegangen werden. Bei der Auseinandersetzung mit den Argumenten der Befürworter erstreckt sich die Darstellung auf den Sektor Landwirtschaft, für den die Besonderheiten des bisherigen Systems (agrimonetäres System) abgelöst und neue Bedingungen für den Handel mit den am EWU teilnehmenden Ländern geschaffen werden. Die Argumente der Kritiker sind nicht sektorspezifisch, sondern beziehen sich auf die Gesamtheit der Volkswirtschaft. Die damit verbundenen Konsequenzen für die Landwirtschaft liegen auf der Hand. Kommt es durch eingeschränkte Reaktionsfähigkeit auf externe oder interne Schocks zu einer Verschärfung struktureller Probleme, so leidet darunter auch die Landwirtschaft. Erhöhte Arbeitslosigkeit erschwert den Strukturwandel und reduziert tendenziell die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, ein hohes Zinsniveau erschwert Investitionen und eine verstärkte Inflation verteuert die Vorleistungen für die landwirtschaftliche Produktion und die Gewinnmarge

schrumpft, wenn dieser Effekt nicht über steigende Erzeugerpreise weitergewälzt werden kann. In dem Maße, in dem Transferforderungen nachgegeben werden muß, stehen weniger Mittel für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung. Käme es im Extremfall zu einem Auseinanderbrechen der Währungsunion, so wäre dies für die betroffenen Volkswirtschaften mit schwerwiegenden Friktionen verbunden, unter denen die Landwirtschaft genauso zu leiden hätte wie alle anderen Sektoren.

2 Beendigung währungsbedingter Benachteiligungen für die deutsche Landwirtschaft

Seit der Einführung gemeinsamer Marktordnungspreise zum 01.07.1967 hat die D-Mark eine lange Kette von Aufwertungen erfahren. Grundsätzlich mußten bei einer Aufwertung die Marktordnungspreise in nationaler Währung um den Aufwertungssatz gesenkt, bei einer Abwertung um den Abwertungssatz angehoben werden. Zur Vermeidung abrupter Änderungen der Marktordnungspreise wurde dieser Mechanismus durch den Währungsausgleich teilweise außer Kraft gesetzt. Für die Bundesrepublik wurde die durch die Aufwertung um 9,3 % vom Oktober 1969 ausgelöste Senkung der Marktordnungspreise, die zum 01.01.1970 wirksam wurde, über einen Zeitraum von zehn Jahren teils über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Vorsteuerpauschale, teils über Direktzahlungen im Zeitablauf degressiv ausgeglichen. Für einen erneuten Abbau des Währungsausgleichs, der zum 01.01.1985 wirksam wurde, war bereits zum 01.07.1984 ein Einkommensausgleich über die Mehrwertsteuer eingeführt worden, der mit einem Satz von 5 % bis Ende 1988 und mit einem Satz von 3 % bis Ende 1991 lief, dessen Wirksamkeit aber durch den sozio-strukturellen Einkommensausgleich noch um einige Jahre verlängert wurde. Alle anderen Kürzungen des Währungsausgleichs, der sich durch eine Vielzahl von Aufwertungen immer wieder aufbaute, erfolgten ohne Kompensationszahlungen. Vom Deutschen Bauernverband und vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird daraus die Schlußfolgerung abgeleitet, die deutsche Landwirtschaft hätte durch nicht ausgeglichene währungsbedingte Preissenkungen erhebliche Nachteile hinnehmen müssen.

In diese Argumentation ist auch die Zeit nach 1984 eingeschlossen. Zwar konnte es nach der Einführung des „switch over“ im März 1984 nicht mehr zu neuen positiven Währungsausgleichsbeträgen und damit auch nicht mehr über deren Kürzungen zu Preissenkungen kommen, aber die Übertragung der aus Aufwertungen hervorgehenden Währungsausgleichsbeträge in den negativen Bereich schuf dort einen Abwertungsspielraum für die Agrarumrechnungskurse, der regelmäßig genutzt wurde. Die formale Richtigkeit des Argumentes, die Landwirte in dem Land mit der stabilsten Währung (Deutschland) hätten durch diesen Prozeß im Gegensatz zu allen anderen keine Erhöhung der Marktordnungspreise in ihrer Währung erfahren, ist nicht zu widerlegen.

Ob es damit wirklich zu währungsbedingten Nachteilen kam, ist eine andere Frage. Entsprechen Auf- und Abwertungen exakt den bis dahin kumulierten Differenzen in den Inflationsraten der beteiligten Länder, d. h. folgen sie der Kaufkraftparitätentheorie, so werden mit Änderungen der Marktordnungspreise in nationaler Währung als Folge einer

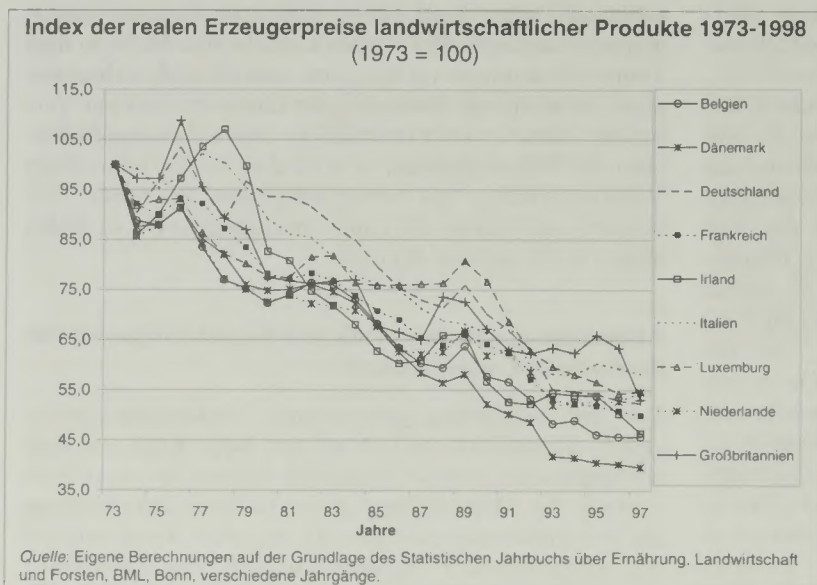


Abbildung 1



Abbildung 2

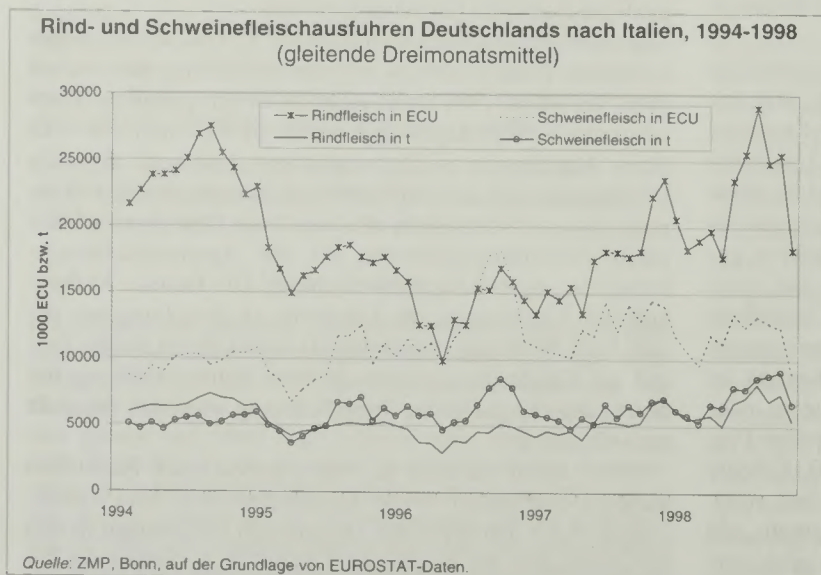


Abbildung 3

Auf- oder Abwertung nur bis dahin aufgebaute Vor- oder Nachteile korrigiert. Eine Senkung der Marktordnungspreise in nationaler Währung als Folge einer Aufwertung der D-Mark bedeutet danach nur, daß der Vorteil, den die deutschen Landwirte dadurch hatten, daß das allgemeine Preisniveau in der Bundesrepublik weniger stieg als in den anderen europäischen Ländern, wieder rückgängig gemacht wurde. Wurden die Marktordnungspreise in französischen Franc als Folge einer Abwertung angehoben, so wurde damit der Nachteil korrigiert, den die französischen Bauern dadurch hinnehmen mußten, daß das allgemeine Preisniveau in Frankreich stärker stieg als in den übrigen Mitgliedstaaten.

Dieser Sachverhalt ist wiederholt klargestellt worden (MANEGOLD, 1996; KOESTER, 1998). Wegen der Bedeutung, die dem Argument der währungsbedingten Nachteile in der öffentlichen Diskussion in Deutschland zukommt, sei hier trotzdem noch einmal der Frage nachgegangen, inwieweit sich die tatsächliche Entwicklung mit Hilfe der Kaufkraftparitätentheorie erklären läßt.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Indexes der realen Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte für die Mitgliedsländer der EU ab 1973 (Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks). Da mit Absicht eine längere Spanne untersucht werden sollte, wurden die später hinzugekommenen Länder nicht einbezogen. Als Deflator diente der Index der Verbraucherpreise. Die Abbildung läßt erkennen, daß sich die realen Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte innerhalb eines Bandes weitgehend gleichmäßig entwickelten. Ein systematischer Unterschied zwischen Aufwertungs- und Abwertungs-ländern wird nicht sichtbar. Die Bundesrepublik liegt im Mittelfeld, nachdem sie sich eine Zeitlang sogar am oberen Rand (unterdurchschnittlicher Preisrückgang) bewegt hatte. Das Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß (1) zwischen Erzeugerpreisen und Marktordnungspreisen nur ein begrenzter, im Zeitablauf lockerer werdender Zusammenhang besteht und daß (2) Auf- und Abwertungen im langfristigen Trend weitgehend der Kaufkraftparitätentheorie folgen. Selbstverständlich schließt dies nicht aus, daß es kurzfristig zu davon abweichenden spekulationsbedingten Änderungen in den Währungsverhältnissen kommen kann. Dafür, die Landwirtschaft gegen solche währungsbedingte Preisänderungen, die sich im Gegensatz zu allen anderen Sektoren nicht nur über den Außenhandel einstellen, sondern wegen des Mechanismus der Marktordnungen auch die Inlandspreise unmittelbar bestimmen, zu schützen, gab es eine gewisse Berechtigung. Mit der Einführung des Euro gehört dies der Vergangenheit an.

3 Beendigung von Währungsrisiken und währungsbedingten Änderungen der Handelsströme

Die Übertragung von Währungsschwankungen auf den Binnenmarkt durch den Mechanismus der Marktordnungen war ein Spezifikum der Landwirtschaft. Natürlich unterliegt der Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen – genau wie der mit allen anderen Erzeugnissen – dem Einfluß von Änderungen in den Währungsrelationen. Daß es hier durch kurzfristige Schwankungen zu Störungen kommen kann, wurde im Frühjahr 1995 im Außenhandel mit Italien besonders deutlich, als es zu einer drastischen Abwertung der Lira kam.

Da Italien einer der Hauptabnehmer deutscher Agrarerzeugnisse ist (allein aus Bayern werden große Mengen an Milch, Milchprodukten und Rindfleisch nach Italien exportiert), sollen die Auswirkungen einer solchen drastischen Abwertung aus der Sicht deutscher Exporteure behandelt werden. Besonders stark sind Exporteure betroffen, die die Ware bereits geliefert, aber wegen der Einräumung eines Zahlungszieles die Zahlung noch nicht empfangen haben. Erfolgte die Fakturierung in Lira, trugen sie das volle Währungsrisiko, soweit sie sich nicht durch Devisentermingeschäfte dagegen abgesichert hatten. Wegen der damit verbundenen Kosten erschien eine Fakturierung in Lira manchen potentiellen Exporteuren zu riskant und entsprechende Geschäfte (z.B. die Belieferung von Supermärkten) kamen nicht zustande. Bei einer Fakturierung in DM trug der Importeur das Währungsrisiko, aber die Erfahrung zeigte, daß Abwertungen größeren Ausmaßes die nachträgliche Forderung nach Preisnachlässen auslösten, denen sich Exporteure im Interesse dauerhafter Geschäftsbeziehungen nicht entziehen konnten. Nicht selten kam es dazu, daß auf diese Weise die aus größeren Abwertungen resultierenden Verluste zwischen Exporteuren und Importeuren geteilt wurden.

Natürlich hat eine Abwertung auch den Effekt, daß die Importe sinken und die Exporte steigen. Dient die Abwertung der Korrektur eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes, so wird ihr Erfolg geradezu daran gemessen. Kommt es aufgrund spekulativer Einflüsse auf dem Devisenmarkt zu einer übermäßigen Abwertung, so können Änderungen der Importnachfrage über das zur Korrektur eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts notwendige Maß hinausgehen. Aus der Sicht des Handels stellen solche Änderungen, vor allem, wenn sie kurzfristig erfolgen, Störungen dar. Sie sind besonders hoch, wenn sich gleichzeitig noch die Währungsrelationen zwischen zwei konkurrierenden Anbietern ändern, d.h. einer Aufwertung der D-Mark eine Abwertung des französischen Francs gegenübersteht. Die insgesamt geringere Importnachfrage kommt dann vor allem Lieferungen aus dem relativ billiger gewordenen Land zugute.

Inwieweit diese theoretischen Überlegungen durch praktische Erfahrungen bestätigt werden, soll am Beispiel der Abwertung der italienischen Lira vom Frühjahr 1995 überprüft werden. Allein zwischen 10. Februar und 20. April erhöhte sich der Kurs von 2 008 Lire/ECU auf 2 321 Lire/ECU (Abwertungseffekt 16 %), während es für Deutschland zu einer Aufwertung kam, die in einer Kursenkung von 1,898 DM/ECU auf 1,848 DM/ECU ihren Niederschlag fand. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, stieg

der Kurs der Lira gegenüber der DM zwischen Januar und April 1995 von 1 051 Lire/DM auf 1 240 Lire/DM.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der deutschen Exporte an Rindfleisch und Schweinefleisch. Sie läßt bei Rindfleisch für das 1. Quartal 1995 gegenüber dem 4. Quartal 1994 sowohl der Menge als dem Wert nach einen Rückgang um ca. 26 % erkennen, der sich im 2. Quartal 1995 auf 33 % erhöhte. Bei Schweinefleisch verlief die Entwicklung ähnlich. Hier betragen die Rückgänge im 1. Quartal 1995 20 % bei den Mengen und 23 % bei den Exportwerten und erhöhten sich im 2. Quartal 1995 auf 25 % bzw. 27 %. Daß die starke Abwertung der italienischen Lira den Rückgang der deutschen Fleischexporte nach Italien auslöste, dürfte offensichtlich sein. Es sei aber auch darauf hingewiesen, daß es im 2. Quartal 1996 erneut zu einem deutlichen Einbruch der deutschen Fleischexporte nach Italien kam, der offensichtlich nicht mit einer Änderung der Währungsrelationen erklärt werden kann. Seine Ursache zu ermitteln, stand außerhalb der Fragestellung dieses Beitrags.

Kurzfristige währungsbedingte Änderungen der Handelsströme gehören für die an der EWU teilnehmenden Länder mit der Einführung des Euro der Vergangenheit an. Importe konkurrieren mit der Inlandsproduktion auf einer festen und sicheren Basis und der Wettbewerb zwischen um die Importnachfrage konkurrierenden Anbietern wird nicht mehr durch die Änderung von Währungsrelationen beeinflusst. Der Wettbewerb hängt nur noch von Faktoren ab, die die untereinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen unter ihrer Kontrolle haben, wie Preis, Zahlungsbedingungen, Produktqualität, Pünktlichkeit der Lieferung, Breite des Sortiments usw.

Dies gilt natürlich nur für den Euro-Währungsraum. Wie die Tabellen 1 und 2 zeigen, spielt sich der überwiegende Teil des Agraraußenhandels Deutschlands mit den Ländern dieses Raumes ab. Bei den Einfuhren waren es 1997 54,1 %, bei den Ausfuhren 55,5 %. Für diesen Raum ist durch Wegfall des Wechselkursrisikos, Wegfall der Umtauschkosten und erhöhte Markttransparenz der Außenhandel wesentlich erleichtert worden.

Tabelle 1: Ernährungswirtschaftlicher Außenhandel Deutschlands (Mill. DM)

Ursprungsland	Einfuhr			Ausfuhr		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997
B/L	3 636	3 979	3 619	2 408	2 619	2 620
DK	3 869	3 546	3 556	1 173	1 380	1 431
GR	1 008	772	767	576	642	660
E	2 877	4 031	4 204	943	1 032	1 114
F	9 674	8 789	8 384	4 725	5 427	4 940
IRL	1 071	1 801	1 717	79	100	97
I	6 175	6 171	5 924	4 663	5 230	5 061
NL	15 494	15 931	13 719	5 612	6 828	6 547
A	458	923	971	1 741	2 371	2 430
P	113	88	98	134	221	225
SF	33	62	82	174	247	240
S	167	261	258	451	598	572
UK	1 323	1 452	1 511	2 337	2 446	2 558
EU-15	45 898	47 268	44 810	25 016	29 141	28 495
Afrika	2 394	2 628	2 998	737	678	603
Asien	3 468	3 750	3 997	2 536	2 603	2 427
Amerika	10 207	10 476	11 792	1 734	1 614	1 801
Insgesamt	67 996	71 405	71 534	36 860	41 841	41 940

Quelle: BML, Bonn: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1998.

Tabelle 2: Agraraußenhandel Deutschlands nach Ländergruppen, 1997

Vorgang		Einfuhr	Ausfuhr
Agraraußenhandel insges. (Mrd. DM)		71,5	41,9
davon Handel mit Drittstaaten (%)		37,4	32,1
mit EU-Staaten (%)		62,6	67,9
davon Euro-Raum (%)		54,1	55,5
übrige Mitgliedsländer (%)		8,5	12,4

Quelle: BML, Bonn: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1998.

Dies bedeutet auch eine Verschärfung des Wettbewerbs. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft wird sich auf den zum Euro-Raum gehörenden Auslandsmärkten nur insoweit durchsetzen können, wie es ihr gelingt, ein Angebot an den Markt zu bringen, das aus der Sicht der Abnehmer an Attraktivität hinter dem Angebot konkurrierender Anbieter nicht zurückbleibt. Die bisherige Erfahrung lehrt, daß das deutsche Angebot in dem Merkmal Produktqualität (Produktimage) in der Regel als attraktiv empfunden wird, es für deutsche Exporteure aber schwierig ist, gegenüber ihren Konkurrenten aus anderen EU-Ländern die Preisführerschaft zu erlangen. Daß die landwirtschaftliche Produktion in - gegenüber dem europäischen Ausland - vergleichsweise kleinen Einheiten erfolgt und hohe Erfassungskosten anfallen, spielt hier ebenso eine Rolle, wie hohe Verarbeitungskosten wegen der auch in der Verarbeitungsstufe kleineren Betriebsgrößen, unausgelastete Kapazitäten (Schlachthofbereich), hohe Gebühren und Umweltauflagen mit kostenerhöhender Wirkung. In einem Markt, auf dem der Wettbewerb transparenter und härter geworden ist, wird auch der Preis eine größere Rolle spielen. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft wird die Vorteile des transparenteren Wettbewerbs nur nutzen können, wenn es ihr gelingt, Mängel, die bisher gegenüber ihren Mitbewerbern zu höheren Kosten führten, abzubauen. Dies bedarf einer stärkeren Koordination zwischen Urproduktion und Verarbeitung, der Ausnutzung von Kosteneinsparungspotentialen in der Verarbeitung und einer Politik, die bei ihren Entscheidungen stets auch die Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft berücksichtigt.

4 Risiken der Währungsunion

4.1 Fehlender Gleichklang zwischen Wirtschaftsunion, Währungsunion und politischer Union

Eine fundamentale Kritik an der Einführung des Euro richtet sich darauf, daß sie zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem die EU noch nicht das Stadium einer Wirtschaftsunion erreicht hat und noch weiter von einer politischen Union entfernt ist. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen sei eine gemeinsame Währung nur dann erfolgreich, wenn sie am Ende eines langen Integrationsprozesses stehe, d. h., wenn ihr eine gemeinschaftliche Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Strukturpolitik vorausging. Da es sich dabei um mehr als nur eine lockere Koordinierung handeln müsse, müsse letztlich eine politische Union der Währungsunion vorausgehen. Diese sei sozusagen als „Krönung“ der letzte Schritt. Eine Währungsunion für ein Gebilde, das nach herkömmlichen Begriffen als Staatenbund zu interpretieren und weit von einem Bundesstaat (u. a. auch als Grundlage für einen Finanzausgleich) entfernt ist, sei zum Scheitern

verurteilt. Eine gemeinsame Währung sei „kein Staatsersatz“ (HANKEL, 1998, S. 145).

In diesem Zusammenhang wird gern der frühere Bundeskanzler HELMUT KOHL zitiert, der im Oktober 1991 vor dem Deutschen Bundestag ausführte: „Man kann dies nicht oft genug sagen. Die politische Union ist das unerläßliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur Deutschlands, lehrt uns, daß die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union auf Dauer halten, abwegig ist.“

Die Idee für die Einführung der EWU erfundene „Grundsteintheorie“, nach der die Einführung einer gemeinsamen Währung weitere Integrationsschritte nach sich zieht, ist nach Meinung der Kritiker falsch. HANKEL empfiehlt demgegenüber eine Rückkehr zum EWS (mit einer kleinen de-facto-Union dadurch, daß die Niederlande, Österreich und Dänemark ihre Währungen praktisch an die DM gebunden hatten) und eine allmähliche weitere reale Konvergenz durch gleichgerichtete Zins-, Fiskal- und Einkommenspolitik, an deren Ende dann nach einem Integrationsprozeß mit „mehreren Geschwindigkeiten“ im Sinne der „Krönungstheorie“ die gemeinsame Währung stehen könne (HANKEL, 1998, S. 153).

Kritiker sehen in dem Vertrag von Amsterdam den Mangel, daß er keine überzeugende gemeinsame Finalperspektive der Integration enthalte und damit Europa weder politische Kohärenz noch einen effektiven wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt brächte (JOCHIMSEN, 1998, S. 197). Gerade aus deutscher Sicht sei immer die gleichzeitige Verwirklichung der Währungsunion und der Wirtschaftsunion mit klarer Perspektive für einen wachsenden politischen und sozialen Zusammenhalt in Solidarität gefordert worden. Daß es in Amsterdam nicht gelang, diese Parallelität herzustellen, wird von den Kritikern beklagt, in dem Vorziehen der Währungsunion eine Fehlentscheidung mit hohem Risiko gesehen.

4.2 Ungenügende Voraussetzungen für eine langfristige Stabilitätsgemeinschaft

Kritiker befürchten einen weichen Euro, der die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes nur unzureichend erfüllen könne. Aus der Sicht der EZB sei er eher Geld für den Binnenmarkt, das beschäftigungsfreundlich gestaltet werden müsse. Anderenfalls sei ein Konflikt mit den überwiegend sozialistischen (sozialdemokratischen) Regierungen vorprogrammiert (HANKEL, 1998, S. 144).

Wenn der durch die Phillips-Kurve behauptete Zusammenhang tatsächlich besteht, so liegt es auf der Hand, daß Länder, die über eine eigene Währung verfügen, die Kombination von Arbeitslosigkeit und Inflation wählen können, die ihren Präferenzen entspricht (WAGNER, 1998, S. 59 ff.)¹⁾. Bilden Länder mit unterschiedlichen Präferenzen eine Währungsgemeinschaft, so kann es dazu kommen, daß für jedes Land die Kombination zwischen Arbeitslosigkeit und Inflationsrate, die der eigenen Präferenz entspricht, verfehlt wird. Wenn divergierende konjunkturelle Entwicklungen die Schaffung von mehr Beschäftigung in

1) Streng genommen gilt diese Überlegung nur, wenn die Bestimmung der Präferenz bei einer Institution liegt und nicht, wenn eine unabhängige Zentralbank das Ziel der Geldwertstabilität verfolgt, ohne dabei explizit zu berücksichtigen, wie die Regierung die damit verbundene Arbeitslosigkeit beurteilt.

einzelnen Ländern besonders vordringlich erscheinen lassen und die Unabhängigkeit der Zentralbank nicht gewährleistet ist, besteht die Gefahr, daß ein politischer Kompromiß zustande kommt, der gegen die Präferenzen der stabilitätsbewußteren Länder verstößt.

Daß die EWU die Anforderungen an eine langfristige Stabilitätsgemeinschaft erfüllen kann, wird von den Kritikern bezweifelt. JOCHIMSEN betrachtet die hierfür eingebauten Sicherungen als nicht ausreichend. Zwar gewähre das Notenbankstatut der EZB Unabhängigkeit und schließe die Gewährung direkter Notenbankkredite an öffentliche Haushalte aus, aber inwieweit die Realität der "durchaus beachtlichen Papierform" gerecht werde, müsse sich noch erweisen. Die EZB müsse sich ihre Reputation und ihre Unterstützung durch die Banken erst noch verdienen (JOCHIMSEN, 1998, S. 188). Die Diskussion um die Person des ersten Präsidenten und der Versuch Frankreichs, eine „Europäische Wirtschaftsregierung“ einzusetzen, stimmen in der Tat bedenklich.

Die bereits im Vertrag von Maastricht enthaltenen Regelungen zur Wirtschaftsunion, d. h. (1) die Verpflichtung aller Partnerländer, extensive Defizite generell zu vermeiden, (2) der Ausschluß von Hilfen für überschuldete Mitgliedsstaaten durch Partnerländer oder die Gemeinschaft („No-bail-out“-Klausel) und (3) das Haushaltsüberwachungsverfahren zur Vermeidung übermäßiger Defizite, zielen nach Meinung JOCHIMSENS in die richtige Richtung, seien aber nicht ausreichend, insbesondere weil sie von politischen Entscheidungsprozessen, an denen auch die „Budgetsünder“ mitwirkten, abhängig seien. Der auf deutsche Initiative im Juni 1997 in Amsterdam verabschiedete „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ sei nicht mehr als ein Notnagel, da er zwar eine Konkretisierung, aber letztlich keine Automatik für Sanktionsmechanismen enthalte, die nach wie vor an politische Entscheidungen (Ratsentscheidung mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission) gebunden seien (JOCHIMSEN, 1998, S. 194). Die Tatsache, daß Italien im Mai dieses Jahres aufgrund dieses Mechanismus statt eines Haushaltsdefizits von 2 % des BIP ein Defizit von bis zu 2,4 % des BIP zugestanden wurde, macht deutlich, daß diese Befürchtungen zu Recht bestehen. Im übrigen kann auch die Art, wie einige der Mitgliedstaaten die Einhaltung der Konvergenzkriterien von Maastricht durch „kreative Buchführung“ oder „tendenziöse Interpretation“ erreichten, nicht gerade als vertrauensbildend bezeichnet werden.

Die Befürchtungen der Kritiker bezüglich der internen Stabilität des Euro sind durch die tatsächliche Entwicklung bislang allerdings nicht bestätigt worden. Die Inflationsraten, die bereits vor der Einführung des Euro auf einem niedrigen Niveau konvergierten, weisen einen historischen Tiefstand auf. Der Verlust des Außenwertes des Euro hat sich offensichtlich völlig losgelöst von der inneren Stabilität vollzogen. Weltwirtschaftliche Verwerfungen, wie die Nachwirkungen der Asienkrise, Krisen in Lateinamerika und die Ereignisse im Kosovo dürften dafür vor allem verantwortlich sein. Die EZB ist ihrem Vorsatz treu geblieben, keine aktive Wechselkurspolitik zur Beeinflussung des Außenwertes gegenüber dem Dollar zu betreiben. Auf die Festlegung von Zielzonen für die Wechselkursentwicklung wurde im Interesse der inneren Geldwertstabilität ausdrücklich verzichtet. Bislang hat die Exportwirtschaft Europas von dem schwachen Euro profitiert. Dies gilt auch für die landwirtschaftlichen Exporte der Bundesrepublik.

4.3 Erschwerte Anpassung an externe und interne Schocks

Unter den Argumenten der Kritiker spielt die durch die Währungsunion eingeschränkte Möglichkeit der Mitgliedstaaten, auf externe und interne Schocks zu reagieren, eine wichtige Rolle. Treten externe Schocks beispielsweise durch eine Erhöhung des Preises für fossile Energieträger auf und kommt es dadurch dazu, daß der Wert der Einfuhren den der Ausfuhren übersteigt, so erfolgt die Anpassung normalerweise über eine Änderung der Wechselkurse, d. h. einer Abwertung. Steht der Wechselkurs nicht mehr zur Anpassung zur Verfügung, muß sie sich auf andere Weise vollziehen. Bei ausreichender Mobilität von Gütern und Produktionsfaktoren und ausreichender Flexibilität bei Güterpreisen und Löhnen sowie bei Steuer- und Zinssätzen könnten divergierende Entwicklungen durchaus ausgeglichen werden. Insbesondere müßten Arbeitnehmer aus Regionen oder Ländern mit Wachstumseinbußen in weniger von Schockwirkungen betroffene Regionen wechseln, aber dieser Prozeß ist durch Rigiditäten und Immobilitäten begrenzt, was zur Konsequenz hat, daß die Löhne die Abfederungsfunktion übernehmen müßten. Sind diese nach unten unflexibel, bleibt nur noch die Beschäftigung zur Absorption von Schocks übrig, d. h., die Anpassung erfolgt über erhöhte Arbeitslosigkeit (KOESTER, 1998, S. 58 ff.; PEFFEKOVEN, 1998, S. 192; WAGNER, 1998, S. 104).

Die Frage ist, wie wahrscheinlich das Auftreten asymmetrischer Schocks in der EWU ist. Nach der Entscheidung, mit Ausnahme Griechenlands alle EU-Staaten, die Mitglied werden wollten, in die EWU aufzunehmen, umfaßt diese elf Länder, die hinsichtlich ihrer realwirtschaftlichen Bedingungen große Unterschiede aufweisen. Sie unterscheiden sich im volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand („Wohlstand“), seiner Veränderung („Wachstum“) sowie anderen gesamtwirtschaftlichen Größen, wie vor allem der Arbeitslosigkeit und der Ausstattung mit Infrastruktur (PEFFEKOVEN, 1998, S. 192). Es ist zu erwarten, daß sie unterschiedlich z. B. auf Preissteigerungen für Rohstoffe oder plötzliche Nachfragerückgänge für ein bestimmtes Gut reagieren. Wie KOESTER zeigt, weisen die Länder der EU größere Unterschiede in der Wirkung auf Angebots- und Nachfrageschocks auf als die Länder der Bundesrepublik (KOESTER, 1998, S. 60 ff.). Er weist außerdem darauf hin, daß bereits die Einführung des Euro und die Vorbereitung darauf im Sinne solcher Schocks zu interpretieren ist, da die Einhaltung des Kriteriums „Begrenzung der Neuverschuldung“ die Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße zu Kürzungen von Staatsausgaben zwang.

Die von der Währungsunion selbst ausgehenden Wirkungen sind schwer vorhersehbar. Einerseits reduziert die verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen die Verwundbarkeit einzelner Branchen oder Regionen gegenüber plötzlichen Angebots- oder Nachfrageverschiebungen, andererseits kann diese aber durch eine stärkere Spezialisierung, wie sie von der Währungsunion zu erwarten ist, erhöht werden (PEFFEKOVEN, 1998, S. 292).

4.4 Gefahr einer Transferunion

Strukturprobleme und ein daraus potentiell erwachsendes Auseinanderdriften des Lebensstandards könnten bei nicht hinreichender Arbeitsmobilität und nicht-zentralisierter Fiskalpolitik in einer Währungsunion nur über andauernde dis-

ktionäre Finanztransfers aufgefangen werden (WAGNER, 1998, S. 95 ff.). Werden strukturschwache Länder stärker als andere von den Folgen eines Schocks betroffen, die sie nicht durch eine Änderung der Wechselkurse auffangen können, so kann dies die Forderung nach Finanztransfers auslösen. Es wird daher befürchtet, daß die EWU zu einer Transfergemeinschaft führt, die die Bürger in den Ländern mit stärkerer Wirtschaft belastet. Dies gilt insbesondere, wenn sich die von Deutschland verfolgte stabilitätsorientierte Linie in der Geldpolitik durchsetzen sollte. Bei nationalen Arbeits- und Sozialsystemen würden durch die gemeinsame Währung erzwungene Anpassungen Struktur-, Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme notwendig machen, zu deren Durchführung den schwächeren Staaten die notwendigen Mittel fehlen. Da es in der EU wegen des Fehlens eines bundesstaatlichen Charakters keinen Finanzausgleich gibt und ein solcher auch nicht vorgesehen ist, vollziehen sich Finanztransfers gerichtet nur über die Strukturfonds und weitgehend ungerichtet über die Agrarpolitik, mit problematischem Ergebnis. Da es sowohl für regionale Unterschiede im Lohnniveau, die in einem gemeinsamen Währungsraum besonders transparent sind, als auch für die Belastung reicherer Regionen durch Finanztransfers Akzeptanzgrenzen gibt, steht die EU nach Einführung der Währungsunion vor einer schwierigen politischen Gratwanderung (PEFFEKOVEN, 1998, S. 295).

4.5 Gefahr einer Hochzinsgemeinschaft

Unter den Kritikern ist die Befürchtung verbreitet, in der EWU könne es zu einem höheren Zinsniveau kommen, als in den Ländern, die sich bislang durch ein niedriges Niveau auszeichneten. Wie realistisch diese Gefahr ist, hängt davon ab, für wie sicher der Euro von außen gehalten wird. Je weniger dies der Fall ist, um so höher muß das Zinsniveau sein, um den Euro als Anlagewährung attraktiv zu machen und seinen Wechselkurs gegenüber den anderen Währungen zu verteidigen.

Die tatsächliche Entwicklung hat diese Befürchtungen nicht bestätigt. Schon im Vorfeld der Einführung der EWU konvergierten die Zinssätze auf einem Niveau, das deutlich unter demjenigen der Vereinigten Staaten liegt (v. POSER, 1998, S. 5). Sofern man die jüngste Entwicklung nicht als Anfang einer Gegenbewegung interpretiert, liegen die Zinsen innerhalb der EWU auf einem historischen Tiefstniveau, obwohl der Außenwert des Euro gegenüber dem Dollar seit seiner Einführung zeitweilig über 13 % verloren hatte.

5 Zusammenfassende Wertung

Das vor allem von Vertretern der Landwirtschaft häufig zu hörende Argument, die Einführung des Euro sei wegen der damit verbundenen Beendigung währungspolitischer Benachteiligungen für die deutsche Landwirtschaft zu begrüßen, hält einer kritischen Prüfung nicht stand, da solche Benachteiligungen bei einer langfristigen Betrachtung nicht nachweisbar sind. Zwar sind die nominalen Marktpreispreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Deutschland währungsbedingt immer wieder gesenkt worden, bzw. nach 1984 aufgrund des „switch-over“ unverändert geblieben, während in der Mehrzahl der übrigen Länder nominale Preiserhöhungen stattfanden, aber diese Ände-

rungen entsprachen weitgehend den vorangegangenen Unterschieden in den Inflationsraten. Langfristig läßt eine Betrachtung der realen Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte für Deutschland keine gegenüber den übrigen EU-Ländern abweichende Entwicklung erkennen.

Für die deutschen Exporteure landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist es zweifellos ein Vorteil, daß mit der Einführung des Euro sowohl das Wechselkursrisiko als auch die Umtauschkosten entfallen sind und es nicht mehr aufgrund kurzfristiger Änderungen der Wechselkurse zu Änderungen der Handelsströme kommen kann. Eine Entwicklung wie im Frühjahr 1995, als innerhalb weniger Wochen der Wechselkurs der italienischen Lira gegenüber der DM um 18 % stieg, was für die deutschen Fleischexporte unmittelbar Rückgänge von 22-23 % auslöste und die Rückgänge, nachdem sie ihr volles Ausmaß erreicht hatten, gegenüber der Ausgangssituation sogar 30-33 % betragen, kann sich innerhalb des gemeinsamen Währungsraumes nicht mehr wiederholen. Innerhalb dieses Währungsraumes, auf den 55 % der deutschen Agrarausfuhren entfallen, konkurrieren die Anbieter im wesentlichen mit den ihrer Kontrolle unterliegenden Parametern Preis, Produktqualität (Produktimage), Zuverlässigkeit der Lieferung usw. Der Wettbewerb ist transparenter und damit auch effizienter geworden, was letztlich dem Verbraucher zugute kommt.

Daß das Unternehmen Währungsunion auch Risiken birgt, ist von Ökonomen vor allem im Vorfeld der Währungsunion betont worden. Ob es richtig war, die europäische Währungsunion zu einem Zeitpunkt zu schaffen, zu dem die EU noch nicht das Stadium einer Wirtschaftsunion erreicht hat und - nach herkömmlichen Begriffen als Staatenbund zu interpretieren - noch weit von einer politischen Union entfernt ist, muß die Zukunft zeigen. Gleiches gilt für die Frage, ob die „große Lösung“ richtig war, d.h. eine Währungsunion, die von Anfang an elf Staaten umfaßt und damit alle, mit Ausnahme Griechenlands, die den Wunsch bekundet hatten, ihr von Anfang an anzugehören. Daß die Währungsunion damit Länder einschließt, die in ihren Wirtschaftsstrukturen und in ihrem wirtschaftlichen Leistungspotential sehr unterschiedlich sind, erschwert eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und erhöht das Risiko des Scheiterns. Die Argumente der Ökonomen, daß es, nachdem der Wechselkurs zur Anpassung an asymmetrische externe und interne Schocks nicht mehr zur Verfügung steht und die Flexibilität bei Güterpreisen und Löhnen ebenso wie die Mobilität des Faktors Arbeit begrenzt ist, zu erhöhter Arbeitslosigkeit kommen kann, ist nicht zu widerlegen. Gleiches gilt für das Argument, daß von der Gefahr erhöhter Arbeitslosigkeit ein politischer Druck auf die interne Stabilität des Euro ausgeht bzw. auf Finanztransfers zugunsten von Regionen, die von einer Stabilitätspolitik besonders betroffen wären. Weniger überzeugend als die Schlüssigkeit der theoretischen Argumente sind bei den Kritikern jedoch die Beispiele für asymmetrische externe und interne Schocks und damit der Nachweis für die Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens.

Zweifel an der Richtigkeit der durch den Europäischen Rat im Mai 1988 getroffenen Entscheidung über die Einführung der EWU und die daran teilnehmenden Länder sind sicher berechtigt. Es führt im Augenblick jedoch kaum weiter, darüber zu diskutieren, was man anders oder besser hätte machen können. Nur aus der Sicht extremer Pessimisten ist es sinnvoll, Alternativszenarien für den Fall eines

Scheitern der EWU zu entwickeln. Ökonomen, die sich nicht zu den extremen Pessimisten rechnen, sehen ihre Aufgabe sehr viel mehr darin, Überlegungen darüber anzustellen, wie der geschaffene institutionelle Rahmen genutzt und weiterentwickelt werden kann, um die mit der Währungsunion verbundenen Gefahren zu minimieren und das Unternehmen Währungsunion zu einem Erfolg zu führen (in diesem Sinne sind die Ausführungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1998/99 zu interpretieren). Daß einige der von den Kritikern gesehenen Gefahren durch die Realität bislang nicht bestätigt wurden, gibt zur Hoffnung Anlaß. Für die deutsche Landwirtschaft wäre eine erfolgreiche Währungsunion Chance und Herausforderung. Für den gemeinsamen Währungsraum gehören währungsbedingte Störungen der Vergangenheit an. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft hat die Chance, sich in dem transparenter gewordenen Wettbewerb zu behaupten, aber sie muß ihrerseits das dafür Notwendige tun und sie darf dabei nicht durch die nationale Politik (genannt seien hier nur Strukturpolitik, Umweltpolitik und Steuerpolitik) behindert werden.

Literaturverzeichnis

BORN, H. (1999): Dem Euro alles Gute. Deutsche Bauernkorrespondenz, 1/99, S. 4-6. – BML (1999): Der Euro und die Landwirtschaft. Warum ist der Euro für die Landwirtschaft von großer Bedeutung? BMELF informiert, Bonn, Januar. – GRESS, K. (1997): Bedeutung des Euro für den

Agraraußenhandel. In: Deutscher Bauernverband (Hrsg.): Was bringt der Euro für die deutsche Landwirtschaft? Tagungsband Agrarpolitische Fachtagung, März 1997. Bonn. – HANKEL, W. (1998): Europa wird am Euro scheitern. In: JÖRGES, H.-U. (Hrsg.): Der Kampf um Europa. Wie riskant ist die Währungsunion? Hamburg, S. 140-155. – JOCHIMSEN, R. (1998): Nach dem Tag X - Anforderungen an eine langfristige Stabilitätsgemeinschaft. In: JÖRGES, H.-U. (Hrsg.): Der Kampf um Europa. Wie riskant ist die Währungsunion? Hamburg, S. 182-200. – MANEGOLD, D. (1999): Aspekte gemeinsamer Agrarpolitik 1998. Agrarwirtschaft 48, Heft 1, S. 1-11. – MANEGOLD, D. (1996): Das gegenwärtige Agrimonetäre System der EU. In: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Zur künftigen Gestaltung des Agrimonetären Systems in der EU. Bonn. – KOESTER, U. (1998): Einfluß des Euros auf die Integration von Agrarmärkten in der EU. In: Agrarpolitik und Marktforschung vor neuen Herausforderungen an der Jahrtausendwende (Hrsg.: HERRMANN, R.), Gießener Schriften zur Agrar- und Ernährungswirtschaft, Heft 28. Frankfurt am Main, S. 39-69. – PEFFEKOVEN, R. (1998): Wird die Währungsunion zu einer Transferunion? In: JÖRGES, H.-U. (Hrsg.): Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion. Hamburg, S. 291-297. – POSER, A.M. (1998): Auswirkungen der Einführung des Euro auf Inflation und Kaufkraft. In: Deutscher Bauernverband (Hrsg.): Der Euro und die deutsche Landwirtschaft (Tagungsband Währungspolitische Fachtagung, Juni 1998). Bonn. – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1998): Jahresgutachten 1998/99. Bundestagsdrucksache 14/73, v. 20.11., Bonn, S.165-201. – WAGNER, H. (1998): Europäische Wirtschaftspolitik. 2. Aufl. Berlin 1998.

Verfasser: Prof. Dr. WINFRIED VON URFF, Lehrstuhl für Agrarpolitik an der Technischen Universität München, Alte Akademie 14, D-85350 Freising-Weihenstephan, Tel.: 08161/71-3490 / Fax: 08161/71-3779, urff@weihenstephan.de

Auswirkungen des Euro in den landwirtschaftlichen Betrieben

MANFRED KÖHNE

Effects of the Euro on Agricultural Enterprises

The introduction of the euro will affect both the procedures in agricultural enterprises and their economy. Effects on procedures concern bookkeeping, further data ascertainment and data analysis, adjusting the equity in companies and principles of contracts. The bookkeeping must be converted to euro by the financial years ending after December 31, 2001. With that, also other scopes of accounting must be converted to euro including operation reviews in different production branches of farming, farm comparisons, operational plannings and appraisals. Changeover-costs for consulting services and materials are tax-deductible. In case of legal entities subscribed capital and shares of it must be adjusted to the new requirements. Existing contracts hold good after the introduction of the euro. Amounts in DM must be converted to euro. But in contracts referring to special interest rates, there is a need for adaptation. Also in the field of stable value clauses some modifications are to be taken into account. By removing special exchange rates for agriculture on January 1, 1999, German administrative prices have become slightly lower, whereas the reform compensation payments have become slightly higher. The removal of the discount rate credits makes short term financing more expensive. Enterprises involved in cross-border activities or in direct marketing will experience effects on their operational price policy. It is difficult to estimate the indirect effects of the euro introduction on enterprises themselves. The removal of price reductions for agricultural commodities caused by exchange rates, as well as the higher guaranty in agricultural exports will bring positive effects. But in the medium and long run, disadvantages could arise by a lower euro stability, higher interest rates and by an approximation of the different turn-

over tax rates. In future the farmers will not have to work under minor but under higher risks.

Key words: agricultural prices; appraisals; bookkeeping; euro; European Central Bank; accounting; taxes; principle contracts; stable value clauses; interest rates

Zusammenfassung

Die Einführung des Euro hat in den landwirtschaftlichen Betrieben sowohl Auswirkungen auf Verfahrensweisen als auch wirtschaftliche Auswirkungen. Die Auswirkungen auf Verfahrensweisen betreffen die Buchführung, weitere Datenerhebungen und -auswertungen, die Anpassung des Eigenkapitals bei Gesellschaften und das Vertragswesen. Die Buchführung muß spätestens für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2001 enden, auf den Euro umgestellt werden. Damit sind auch andere Rechnungswerke wie Betriebszweigabrechnungen, Betriebsvergleiche, Betriebsplanungen und Taxationen auf den Euro umzustellen. Mit der Umstellung verbundene Beratungs- und Materialkosten können steuermindernd geltend gemacht werden. Bei juristischen Personen müssen das gezeichnete Kapital und die Anteile daran an neue Vorgaben angepaßt werden. Bestehende Verträge gelten bei der Einführung des Euro grundsätzlich fort. DM-Beträge sind auf Euro umzustellen. Allerdings ergibt sich bei Verträgen, die auf Referenzzinssätze Bezug nehmen, ein Anpassungsbedarf. Auch im Bereich von Wertsicherungsklauseln sind künftig einige Änderungen zu beachten. Durch den Wegfall der speziellen landwirtschaftlichen Umrechnungskurse zum 01.01.1999 ist bei den administrierten Preisen eine geringfügige Senkung und bei den Reform-Ausgleichszahlungen eine geringe